

**Rede der CDU-Landtagsabgeordneten,
Ursula Doppmeier,**

am 10. September 2009

„Das Land muss sich an den Kosten des Tarifabschlusses für Erzieherinnen und Erzieher finanziell beteiligen“

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zunächst möchte ich an dieser Stelle meine Freude bekunden, dass die für viele Mütter und Väter schwierige Zeit des Streiks in den Kindertagesstätten ein Ende gefunden hat. Wir alle wissen, dass es hier zu extremen Belastungen der jungen Eltern, aber auch der Kinder kam, die über mehrere Wochen nicht wussten, wo und wer sie nun betreuen würde. Und auch für die Erzieherinnen und Erzieher ist nunmehr eine Zeit vorbei, die für sie bestimmt auch belastend war.

Erinnern wir uns: Der Kita-Tarifkonflikt hatte sich über ein halbes Jahr hingezogen. Die Verhandlungen begannen im Januar und waren im April vorerst gescheitert. Der monatelange Streit über höhere Tarife und einen verbesserten Gesundheitsschutz ist nun endlich beendet.

Das Ergebnis vom 27. Juli steht fest: Bundesweit sollen 220.000 Kita-Beschäftigte in kommunalen Einrichtungen monatlich 120 Euro mehr erhalten. Und, was ich noch wichtiger finde, es soll einen Rechtsanspruch auf eine Gefährdungsanalyse für jeden einzelnen Arbeitsplatz geben. Sicherlich ein Tarifabschluss, der natürlich nicht ohne finanzielle Folgen für die kommunalen Kindergärten und Sozialeinrichtungen bleibt. Aber lassen sie mich betonen: Es war ein Streik gegen die kommunalen Arbeitgeber - nicht gegen das Land NRW oder den Bund!

Dennoch forderte der Präsident der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände, Thomas Böhle, direkt nach dem Tarifabschluss Bund und Länder auf, sich an den Kosten dieser Einigung zu beteiligen. Bundesweit bezifferte er diese auf 500 bis 700 Millionen Euro.

Die Ergebnisse sollen ab dem 1. November umgesetzt werden. Und damit treten neue finanzielle Belastungen für die Träger der Einrichtungen auf. Der Antrag der Grünen ist nun aber ein Verdrehen der Tatsachen - und leider Wahlkampf pur. Das Land NRW saß bei diesem Tarifabschluss nicht mit am Tisch.

Und nun soll der Landeshaushalt, den Sie zusammen mit der SPD runtergewirtschaftet haben und wir langsam wieder mühsam ins Lot bringen, als Selbstbedienungsladen erhalten? So nicht!

Meine Damen und Herren,
gemäß § 19 Abs. 1 KiBiz wird die finanzielle Förderung aller Kindertageseinrichtungen in Form von Pauschalen für jedes in einer Kindertageseinrichtung betreute Kind gezahlt. Die Höhe der Pauschalen ist in der Anlage zu § 19 KiBiz festgelegt. Nach § 19 Abs. 2 KiBiz erhöhen sich die Kindpauschen jährlich, erstmals zum 1. August 2009, um 1,5 Prozent.

Von den durch Herrn Böhle bezifferten Mehrausgaben von 500 bis 700 Millionen Euro fallen laut ihrem Antrag rund 150 Millionen Euro in NRW an. Sie verschweigen aber, dass die Tarifierhöhung derzeit nur für 24 % der Kita-Beschäftigten gilt, nämlich nur für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in kommunalen Einrichtungen.

Zudem würde eine Erhöhung der Pauschale, wie sie diese in ihrem Antrag fordern, aufgrund der Kostenverteilungssystematik damit auch den kommunalen Eigenanteil wieder erhöhen.

Und was ist mit den Trägern, die von der Tarifierhöhung gar nicht betroffen sind, und dennoch davon profitieren und die Haushalte der Kommunen und des Landes zusätzlich belasten würden. Also wenn sie schon schön Wetter bei den Kommunen machen wollen, dann verschweigen sie doch bitte nicht die Schattenseiten ihrer Forderung.

Halten wir ganz nüchtern fest: Eine Erhöhung der Kindpauschale aufgrund der Tarifabschlüsse kann nicht einfach so durchgeführt werden. Und - wie bereits erwähnt - das Land war bei den Verhandlungen nicht mit am Tisch. Und erinnern sie sich doch bitte mal an ihre Regierungszeit! Haben sie da immer sofort Gesetze und Pauschalen nach höheren Tarifabschlüssen angepasst und erhöht? Nein, haben sie nicht.

Und - modern wie das KiBiz nun mal ist - wird dieses Gesetz einer Evaluation bis spätestens zu Ende 2011 unterzogen und damit auch die Pauschalen überprüft. Eine solche Überprüfung sahen sie in ihrem GTK nicht vor!

Einfach nur zu sagen, das Land soll sich finanziell beteiligen, ist leicht und populistisch gesagt, aber schwer umsetzbar! Sie wissen doch auch, wie es um die Finanzen des Landes, besonders in der aktuellen Zeit, bestellt ist. Und: Wir haben ein schweres Erbe übernommen und es ist unsere Aufgabe, die von ihnen jahrzehntelang Praxis der Neuverschuldung zurückzufahren.

Diese Verantwortung gegenüber unserer nachkommenden Generationen haben wir und dazu stehen wir auch. Daher sehen wir für ihren Antrag keine Zustimmung.

Vielen Dank.



Es gilt das gesprochene Wort!